

Parteien im Finanzchaos: ÖVP und SPÖ tief in den Schulden!

Die neuen Transparenzregeln zeigen Finanzlagen der Parteien 2023: FPÖ, Grüne und NEOS ohne Schulden, ÖVP und SPÖ stark verschuldet.

Wien, Österreich - Die Transparenzregeln für politische Parteien in Österreich haben einen wichtigen Schritt in Richtung Offenlegung von Vermögen und Schulden gemacht. Diese neuen Vorschriften, die im Jahr 2022 in Kraft traten, sind nun erstmals für die Rechenschaftsberichte des Jahres 2023 anwendbar. Bisher waren die Parteien nur verpflichtet, ihre Einnahmen und Ausgaben zu melden. Doch nun müssen sie detailliert Auskunft über ihre finanziellen Verhältnisse geben, einschließlich Aktiva, Passiva und BANKVERBINDUNGEN, wie die **Kleine Zeitung** berichtet.

Vermögen und Schulden im Detail

Die Eingangszahlen zeigen ein differenziertes Bild: Während die FPÖ, die Grünen und die NEOS mit Millionenbeträgen auf ihren Bankkonten überzeugen, stehen die ÖVP und SPÖ deutlich schlechter da. Die FPÖ meldet ein beeindruckendes Reinvermögen von 8,2 Millionen Euro, gefolgt von den Grünen mit drei Millionen Euro und den NEOS, die ebenfalls drei Millionen Euro ausweisen können. Im Gegensatz dazu schaut die ÖVP in den Zahlen sehr ungünstig aus: Trotz früherer Bemühungen um Schuldenabbau weist die Partei aktuell Kredite in Höhe von 3,3 Millionen Euro sowie weitere Verbindlichkeiten von rund zwei Millionen Euro aus, was zu einem negativen Reinvermögen von 5,65 Millionen Euro führt. Die SPÖ hat zwar

ihre Bankschulden von sechs auf vier Millionen Euro reduziert, bleibt mit 3,0 Millionen Euro Gesamtverbindlichkeiten aber ebenfalls stark verschuldet, wie ebenfalls bei der **ORF.at** zu lesen ist.

Diese prekäre finanzielle Lage könnte sich während der bevorstehenden Wahlkämpfe stark auf die politische Landschaft auswirken. Der Rechnungshof ist verpflichtet, die eingereichten Unterlagen der Parteien zu prüfen, da die veröffentlichten Berichte erstmals ungeprüft sind. Die nächsten Rechenschaftsberichte werden im kommenden Jahr erwartet, und es bleibt abzuwarten, ob sich die finanzielle Situation der Parteien bis dahin stabilisiert oder gar verschlechtert.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• salzburg.orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at